Newsletter

von Ulli Nissen, MdB
Januar 2018

Zur aktuellen Lage

Am 12. Januar 2018 hat der SPD-Parteivorstand dem Bundesparteitag vorgeschlagen, eine vom Parteivorstand einzusetzende Verhandlungskommission auf der Basis der Sondierungsergebnisse und des SPD-Wahlprogramms Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU aufzunehmen. Der Bundesparteitag hat am 21. Januar 2018 entschieden, Koalitionsverhandlungen aufzunehmen.

Wichtig ist, wir haben am Sonntag NICHT über eine vorliegende Koalitionsvereinbarung abgestimmt, sondern über ein Sondierungspapier, bei dem wir für unsere 20,5 Prozent bei den Bundestagswahlen einiges erreicht haben.

Ich nenne nur einige für mich wichtige Punkte wie:

- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter
- Schaffung von Gebührenfreiheit bei der Kinderbetreuung
- Aufhebung des Kooperationsverbots
- Grundrente, die 10 Prozent über der Grundsicherung liegt. Für Menschen die lange gearbeitet haben und/oder sich Zeit für Erziehung oder Pflege genommen haben.
- Höhere Erwerbsminderungsrente
- Schaffung eines sozialen Arbeitsmarkts für 150.000 Menschen – dafür sollen 1 Milliarde Euro pro Jahr investiert werden
- Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit
- Soziale Berufe aufwerten und besser bezahlen
- Höheres Bafög
- Mindestausbildungsvergütung für Auszubildende
- Rückkehr zur Parität bei der Krankenversicherung
- Garantierte Fortführung der Bundesmittel für den Sozialen Wohnungsbau auch nach 2019 (nach jetziger Gesetzeslage laufen sie 2019 endgültig aus)
- Dauerhafte Finanzierung von Programmen gegen Rechts

Viele Punkte sind nur sehr vage formuliert, wie bei eventuellen Verbesserungen beim Schonvermögen beim Arbeitslosengeld II und bei Reduzierungen bei der Modernisierungsumlage. Da muss in den jetzt eingeleiteten Koalitionsverhandlungen „feinjustiert“ werden, bevor ich entscheiden kann, ob ich dem Koalitionsvertrag am Ende zustimmen kann.

Zu Recht gibt es auch weitere Kritik am Sondierungsergebnis, deshalb hat es mich gefreut, dass im Antrag L1 zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen gefordert wird, sachgrundlose Befristungen abzuschaffen, das Ende der Zwei-Klassen-Medizin einzuleiten und Härtefallregelungen für den Familiennachzug zu schaffen.

Weiter wird gefordert, dass zur Halbzeit der Wahlperiode der ordentliche Bundesparteitag der SPD 2019 eine Bilanz der bisherigen Regierungskoalition sowie der Erneuerung der SPD zieht und daraus eine Entscheidung für den weiteren Fortgang trifft.

Unter diesen Bedingungen habe ich mich entschieden, weiteren Verhandlungen zuzustimmen.
Ich finde es sehr gut, dass es bei uns keine Entscheidung nur von oben gibt – wie bei der CDU/CSU. Bei uns wird kontrovers, konstruktiv und respektvoll miteinander diskutiert. Das hat mir auf dem Parteitag am Sonntag sehr gut gefallen und wird für die Erneuerung unserer Partei wichtig sein.

Über das endgültige Ergebnis können am Ende alle 450.000 Parteimitglieder befinden. Wir entscheiden darüber, ob wir dem Koalitionsvertrag zustimmen wollen oder nicht. Das ist echte Basisdemokratie.

Wenn das jetzige "Sondierungspapier" unverändert bliebe, würde ich bei der Mitgliederentscheidung voller Überzeugung mit Nein stimmen.

Ich stehe gerne für ein Telefongespräch mit Euch bereit, wenn Ihr Fragen oder Anmerkungen habt - sendet mir eine Nachricht mit Eurer Telefonnummer - ich rufe Euch gerne zurück.

Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte

Am 1. Februar hat der Deutsche Bundestag die befristete Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Geschützten bis 31. Juli 2018 beschlossen.

Es ist der SPD in den Verhandlungen mit der CDU/CSU gelungen, dass der Familiennachzug nur befristet bis zum 31. Juli 2018 ausgesetzt wird. Ursprünglich wollte die CDU/CSU ihn unbefristet aussetzen.

Kurz zum Hintergrund: Wir haben seit der Wahl 2017 eine rechte Mehrheit im Deutschen Bundestag. CDU/CSU – AfD – FDP wären grundsätzlich dazu bereit gewesen, dem ursprünglichen Gesetzentwurf von CDU/CSU zu folgen und den Familiennachzug unbefristet auszusetzen. Auch das vorläufige Sondierungsergebnis von CDU/CSU – Grünen und FDP sah die unbefristete Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte vor.

Nach langen Verhandlungen haben wir erreicht, dass wir diese Woche im Bundestag eine reine Übergangsregelung beschlossen haben.

Wir haben die Aussetzung des Familiennachzugs ausdrücklich nur bis zum 31. Juli 2018 befristet. Das war uns sehr wichtig, damit – wenn am Ende eine große Koalition nicht zustande kommt oder die CDU/CSU eine Neuregelung verschleppt – die Aussetzung nicht bis in alle Ewigkeit gilt.

Anträge auf Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten können bereits jetzt gestellt werden. Ab 1. August 2018 können dann Familienangehörige von subsidiär Schutzberechtigten wieder im Rahmen des vereinbarten Kontingents in Höhe von monatlich 1000 Personen nach Deutschland nachziehen. Härtefälle sind hiervon ausgenommen. Bei Vorliegen völkerrechtlicher oder dringender humanitärer Gründe gemäß § 22 Aufenthaltsgesetz kann bereits jetzt und nach einer Neuregelung auch über das 1000er-Kontingent hinaus eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Das gilt ebenfalls für Resettlement-Programme und die humanitäre Aufnahme nach § 23 Aufenthaltsgesetz. Wichtig ist, dass bei der Anwendung der Härtefallregelung das Kindeswohl an erster Stellen stehen muss und die Kinderrechtskonvention berücksichtigt wird.

Das alles ist ein Kompromiss mit der Union, den wir bereits jetzt in der Übergangsregelung festhalten. Damit stellen wir sicher, dass der Familiennachzug ab 1. August wieder eingesetzt wird. Eine Vorwegnahme der materiellen Regelungen, wie es CDU/CSU zunächst wollten, haben wir abgewendet. Die Neuregelung muss sorgfältig ausgestaltet und im Innenausschuss beraten werden.

Ich habe der befristeten Aussetzung zugestimmt und zur Abstimmung im Parlament eine **Persönliche Erklärung** abgegeben.

Wahkreisbüro
Ulli Nissen, MdB
Fischerfeldstr. 7-11
60311 Frankfurt
Tel.: 069 299888-610
Fax: 069 299888-612
E-Mail: ulli.nissen.ma02@bundestag.de

Deutscher Bundestag
Ulli Nissen, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-77147
Fax: 030 227-76148
E-Mail: ulli.nissen@bundestag.de

Internet: www.ulli-nissen.de

Praktikumsbericht von Rojda Defiset

Rojda Defiset (16) hat mich drei Wochen lang in meinem Berliner Büro im Rahmen ihres Schülerpraktikums begleitet. In den zwei Sitzungswochen konnte sie die Konstituierung der Ausschüsse und viele interessante Debatten miterleben. Anbei berichtet Rojda über ihre Erfahrungen im Deutschen Bundestag.

Mein dreiwöchiges Praktikum habe ich bei der Frankfurter SPD-Abgeordneten Ulli Nissen im Deutschen Bundestag absolviert. Ich habe Ulli Nissen schon vor meinem Praktikum kennengelernt und da ich sie sehr sympathisch fand und mich schon vorher politisch interessierte, freute ich mich umso mehr auf die Möglichkeit, sie drei Wochen lang in ihrem Berliner Büro begleiten zu können.

Ich hatte richtiges „Glück", dass ich gerade in dieser Zeit mein Praktikum absolviert habe, denn die SPD stand mitten in den Verhandlungen mit der CDU/CSU über eine Große Koalition. Ich hatte die Chance hautnah mitzubekommen, wie die Verhandlungen auf die parlamentarische Arbeit wirkt.

Auch ein sehr wichtiges und interessantes Thema, womit ich mich im Laufe meines Praktikums beschäftigt habe, war der Aussetzung des Familiennachzugs, welcher am 1. Februar im Bundestag verabschiedet wurde. Mich persönlich hat das Thema sehr interessiert, da ich schon viele Erfahrungen mit Geflüchteten in Frankfurt gemacht habe und ich mich sehr gut in ihre Lage hineinversetzen konnte.

Das Praktikum gab mir viele Einblicke in den Alltag einer Bundestagsabgeordneten. Ich durfte an Arbeitsgruppen und Plenarsitzungen teilnehmen, wie z.B. im Bereich Umwelt. Die Plenardebatten, die man sonst nur aus dem Fernsehen kennt, durfte ich persönlich mitverfolgen.

Schon vor meinem Praktikum war ich politisch sehr interessiert, doch durch mein Praktikum wurde dieses Interesse verstärkt. Ich habe mich dazu entschieden, mich in meinem Bezirk und in meiner Stadt mehr politisch einzusetzen. Bislang hatte ich das Gefühl, dass man nicht so viel ändern könne, doch nun weiß ich, dass sehr wohl Anliegen aus den einzelnen Städten und Bundesländern wahrgenommen werden!

Schockierend fand ich, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder der SPD 60 oder älter sind und nur knapp 10 Prozent Menschen unter 25 sind. Meines Erachtens nach würden sich viel mehr junge Menschen politisch engagieren, wenn sie ebenfalls ein Praktikum hier absolvieren würden, denn dadurch wird die Lust und das Interesse an der Politik verstärkt!

Wenn ich die Chance hätte, dann würde ich mich jederzeit für ein weiteres Praktikum im Deutschen Bundestag entscheiden, denn die drei Wochen vergingen wie im Fluge.

Diesel-Autos sollen auf Kosten der Automobilindustrie nachgerüstet werden

Am 2. Februar 2018 habe ich zur Aktuellen Stunde „Abgastests an Menschen und Tieren" für die SPD-Bundestagsfraktion **geredet.**

Die Automobilindustrie sollte keine unsinnigen Studien an Menschen und Affen finanzieren. Sondern sie sollte endlich konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Probleme in den Griff zu kriegen.

Es ist wichtig, dass nun endlich etwas passiert. Es drohen Fahrverbote und EU-Strafzahlungen. Ich fordere, dass die Automobilindustrie nicht nur die Kosten für die Software-Updates übernehmen soll, sondern auch die Kosten für die technische Nachrüstung der Diesel-Autos.

Bundestagsausschüsse nehmen ihre Arbeit auf

Noch vor einer möglichen Regierungsbildung wird der Bundestag damit voll arbeitsfähig und nimmt seine fachliche Arbeit auf. Dafür braucht es neue Debattenformate im Parlament, aber auch eine Erneuerung unserer Arbeit als Fraktion, die wir entschlossen angehen werden.

© Deutscher Bundestag / Achim Melde

- Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (14 Mitglieder),
- Petitionsausschuss (28 Mitglieder), Auswärtiger Ausschuss (45 Mitglieder),
- Innenausschuss (45 Mitglieder), Sportausschuss (18 Mitglieder), Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz (43 Mitglieder),
- Finanzausschuss (41 Mitglieder),
- Haushaltsausschuss (44 Mitglieder), Ausschuss für Wirtschaft und Energie (49 Mitglieder),
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (38 Mitglieder),
- Ausschuss für Arbeit und Soziales (46 Mitglieder),
- Verteidigungsausschuss (36 Mitglieder),
- Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (40 Mitglieder),
- Ausschuss für Gesundheit (41 Mitglieder),
- Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur (43 Mitglieder),
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (39 Mitglieder),
- Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17 Mitglieder),
- Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (42 Mitglieder),
- Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (24 Mitglieder),
- Ausschuss für Tourismus (18 Mitglieder),
- Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (39 Mitglieder),
- Ausschuss für Kultur und Medien (18 Mitglieder),
- Ausschuss Digitale Agenda (21 Mitglieder)

Von den 19 Ausschüssen werden 5 von SPD-Abgeordneten geführt. Ich bin mir sicher, dass meine Kolleginnen und Kollegen in diesen wichtigen Bereichen (Arbeit und Soziales, Verteidigung, Bildung und Forschung, Sport und Kultur und Medien) sozialdemokratische Akzente setzen können.

Ich werde in der 19. Wahlperiode ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sein

Ich freue mich auf die Herausforderungen, die diese neue Wahlperiode mit sich bringen wird.

Neues aus Frankfurt

An der Hauptwache fand eine Demonstration gegen die Schließung des Siemens-Werks in Offenbach statt. Auch unser Oberbürgermeister Peter Feldmann zeigte sich solidarisch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern! Ich habe mich zeitgleich auf der Hauptversammlung in München für die Beschäftigten eingesetzt.

Zu Besuch beim Quartiersmanagement Riederwald. Dort wird tolle Arbeit geleistet. Danke!

Beim Studentenwerk Frankfurt am Main - in unserem Gespräch ging es um wichtige Beratungsangebote für Studierende.

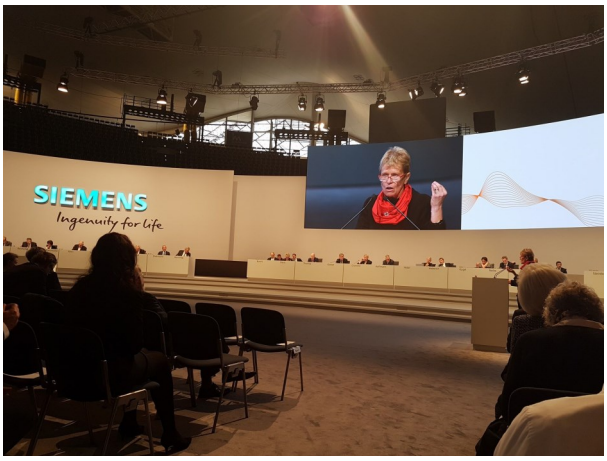
Müge und Betül waren bei mir zwei Wochen zum Praktikum in Frankfurt. Vielen Dank für Eure Unterstützung!

Im Rahmen des Frankfurter Programms zur Modernisierung des Wohnbestandes übernimmt Tine Göllner städtebauliche Planungen und Beratungen. Ermöglicht wird dies durch die wichtige Initiative „Aktive Kernbereiche“, ein Projekt, das von Land und Bund gefördert wird.

Neues aus Frankfurt

Nils Petermann von der Bürgerlobby Klimaschutz war diese Woche zu Besuch bei mir im Wahlkreisbüro. Die Klimalobby hat sich nach Vorbild der amerikanischen Citizens' Climate Lobby gegründet.

Oberbürgermeister Peter Feldmann hat sein Versprechen eingehalten, sich für die "Fluglärmgeplagten" einzusetzen Professor Dr. Münzel hat in seinem Redebeitrag deutlich gemacht, dass er keinen Bürgermeister kennt, der sich beim Lärmschutz so für seine Bevölkerung einsetzt!



Bei der Siemens Hauptversammlung in München konnte ich meine kritischen Anmerkungen zum Umgang des Unternehmens mit dem geplanten Arbeitsplatzabbau und Werksschließungen deutlich machen.

Zum Internationalen Gedenktag an die Opfer des Holocaust erinnerte Oberbürgermeister Peter Feldmann an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz.

Mit Turgut Yüksel (MdL) und Jürgen Richter (Arbeiterwohlfahrt)auf der Demo für Vielfalt und Liebe.

Im Interview mit der Hessenschau habe ich Peter Fischer von Eintracht Frankfurt meine Achtung ausgesprochen. Haltung zu bewahren gegen jede Art von Rechtspopulismus - das wünsche ich mir von mehr Menschen des öffentlichen Lebens!